

— FWG-Fraktion —

Positiver Eindruck von der ZUE

Warendorf (gl). Die Unterbringung von Zuwanderern ist aktuell für alle Gemeinden eine große Herausforderung. Derzeit werden diese Menschen noch oft in Notunterkünften untergebracht. Zukünftig ist geplant, dass die Flüchtlinge, die in Deutschland ankommen, flächendeckend zunächst in einer zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) aufgenommen werden, um danach dauerhaft in einer zugewiesenen Kommune zu leben.

Aber was ist denn eine „ZUE“ genau? Eine ZUE nimmt Flüchtlinge nach ihrer Registrierung auf. Dort wohnen diese so lange, bis ihr neuer Lebensmittelpunkt in Deutschland feststeht. Der Aufenthalt in einer ZUE dauert in der Regel 14 Tage bis drei Monate. Aktuell stellt sich auch für die Stadt Warendorf die Frage, ob

eine ZUE bei uns möglich ist. Im Gespräch ist eine Einrichtung in einer Größenordnung von maximal 500 Personen. Bei der Prüfung dieser Überlegung sind natürlich viele Dinge abzuwägen. Können wir uns das überhaupt für Warendorf vorstellen? Wie sieht so etwas aus? Welche Dinge sind hierbei zu beachten? Welche Vor- und Nachteile hat die Stadt? Welches Grundstück ist geeignet? Gibt es Risiken und Chancen?

Dies sind nur einige von vielen Fragen, mit denen wir uns derzeit beschäftigen. Dabei ist es sehr wichtig, zunächst so viele Informationen wie möglich zu sammeln und an den Erfahrungen anderer teilzuhaben. Aus diesem Grunde lud die Stadtverwaltung am Aschermittwoch Vertreter der Fraktionen ein, sich vor Ort in der bereits seit einigen Jahrzehnten

bestehenden ZUE in Schöppingen ein persönliches Bild zu machen.

Unser Besuch in Schöppingen hat bei mir einen positiven Eindruck hinterlassen. Er hat aber auch gezeigt, dass wir uns neben den allgemeinen Fragen und der Frage der reinen Unterbringungsmöglichkeiten überlegen müssen, mit welchen Bedürfnissen die Menschen zu uns kommen. Hier ist planerisches und organisatorisches Geschick gefragt. Da gilt es, sich zum Beispiel Gedanken um religiöse und kulturelle Essensgewohnheiten machen. Es muss an eine Krankenstation gedacht werden. Hierzu muss die Infrastruktur für den Besuch von Fachärzten vorhanden sein, eine Anbindung an den ÖPNV, damit die Menschen Einkäufe für ihren persönlichen Bedarf erledigen

**Warendorfer
Rathaus-Echo**

Unter dieser
aller fünf Rats-
len ortspolitisc
dern können a

können.

Auch für die Unterbringung sollten wir Regelungen bedenken. Gibt es die Möglichkeit der getrennten Unterbringung allein reisender Frauen? Gibt es die Möglichkeit, sich in der Unterkunft aus dem Weg zu gehen, um ein mögliches Konfliktpotenzial einzudämmen? Und nicht zuletzt brauchen die Menschen die Möglichkeit einer adäquaten Freizeitgestaltung durch Sport und andere Aktivitäten. Viele Fragen, die in nächster Zeit beantwortet werden müssen. Darum kann erst am Ende dieses Prozesses eine Entscheidung dafür oder dagegen getroffen werden. Ich bin mir als Vertreter der Freien Wähler Gemeinschaft (FWG) sicher, dass wir zu einem für Warendorf richtigen Ergebnis kommen werden.

André Wenning, FWG-Fraktion